

HISTORISCHES  
JAHRBUCH  
DER  
STADT LINZ

1973/74

LINZ 1974

---

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

## I N H A L T

	Seite
Abkürzungen . . . . .	7
Verzeichnis der Mitarbeiter . . . . .	8
Vorwort des Bürgermeisters . . . . .	9
Rudolf Ar d e l t (Linz): Geschichte des Linzer Karmelitenkonvents . . . . . (Mit Strichklischee auf S. 53).	11
P. Raimund B r u d e r h o f e r , OCD (Linz): Kirchenfeste der Linzer Karmeliten in der Barockzeit . . . . .	63
P. Leo M ö s t l , OCD (Linz): 300 Jahre Karmelitenkirche in Linz . . . . . (Bildtafeln I bis XVI)	131
Georg W a c h a (Linz): Dreihundert Jahre Wasserapotheke . . . . . (Mit Klischees auf S. 212 und 215 und Bildtafeln XVII bis XXVIII)	177
Helmut F e i c h t e r (Taufers): Das Linzer Programm (1926) der österreichischen Sozialdemokratie	233

Otto Bauer führte in seinem politischen Bericht aus, daß alle Parteien ihre Wählerreserven erschöpft hätten, keine neuen Kräfte — wie 1919 — nachkämen und der Stimmenzuwachs der einen Partei auf Kosten der anderen vor sich gehen müsse.<sup>62</sup> Er begrüßte die Wandlung der Christlichsozialen, weil dadurch die Klassengegensätze offener, schroffer und für jeden leichter erkennbar geworden seien. Diese Partei „erscheint nunmehr als die eigentliche Partei des Kapitals. Das aber wird unsere Arbeit sehr wesentlich erleichtern; denn es wird nun allmählich klar, was so lange sorgfältig verborgen worden ist. Es scheidet sich die Gesellschaft immer deutlicher in zwei große Lager und selbst der Unaufgeklärte lernt diese Erscheinung verstehen: hüben Arbeit, drüben Kapital; hüben Fortschritt, drüben Reaktion; hüben Demokratie, drüben Autorität; hüben freier Gedanke, drüben Klerikalismus. Das aber bedeutet, daß all die, die mit dieser Partei des Klerikalismus und der Reaktion in Widerspruch geraten müssen . . . keinen anderen Ausweg haben, als sich um die Arbeiterschaft zu scharen und zu uns zu kommen, zum Kampf gegen diese reaktionären Gewalten.“<sup>63</sup>

Der entscheidende Wendepunkt bei der Herausbildung der beiden Lager seien die Genfer Protokolle gewesen. Unter der „Ideologie der Sanierung“ hatte sich die „Ralliierung der besitzenden Klassen“ gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei vollzogen. Die christlichsoziale Partei sei unter die Führung des Großkapitals geraten und die Großdeutschen seien zu einem „etwas anders gefärbten Flügel“ der Christlichsozialen geworden. Die ganze Entwicklung treibe einem Zweiparteiensystem zu und das könne sich nur zugunsten der Sozialdemokratie auswirken. Bei einem Vielparteiensystem könnten sich die unzufriedenen Schichten von einer bürgerlichen Partei zu einer anderen wenden. Bei einem Zweiparteiensystem stehe nur die Wahl zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Diejenigen, die keine ausgesprochenen Unternehmerinteressen hätten, würden zur Sozialdemokratie stoßen.<sup>64</sup> Der Zusammenschluß der bürgerlichen Kräfte würde die Anziehungskraft der Sozialdemokratie ungeheuer stärken und die Möglichkeit schaffen, „die politischen Machtverhältnisse nicht durch Kombinationen und Koalitionen, sondern durch Fortschritte bei den Wahlen so zu ändern, daß die bürgerliche Mehrheit zusammenbricht“.<sup>65</sup> Die Notwendigkeit der Opposition brauchte nun nicht mehr mit weithergeholten Theorien begründet, sondern konnte aus der Herausbildung eines Zweiparteiensystems abgeleitet werden. Das war auch der Grund, warum Bauer seine Position so lange halten konnte: wenn von der grundsätzlichen Bereitschaft, eine Koalition zu bilden, gesprochen

wurde, konnte er mit dem Argument kontern, daß die aktuelle Lage so etwas ausschließe. An der Opposition war nur mehr in schweren Krisenperioden zu rütteln.

Renner wandte sich scharf gegen Bauers Position, aber auf Grund der politischen Verhältnisse konnte er sich auch nicht für eine Koalition aussprechen. Er warf die Frage auf, ob es für die Sozialdemokratie nicht ein Nachteil sei, daß der Liberalismus zusammengebrochen sei, und ob es wirklich ein Vorteil sei, daß der Gegner sich so fest zusammenschließe. Man solle die Gegner eher teilen als sammeln. „Aber wir stehen vor einer unabänderlichen Tatsache, wir haben gar nicht die Wahl es anders zu machen.“<sup>66</sup>

Sein Dilemma bestand darin, daß er eine Verschärfung der Gegensätze verhindern wollte, aber nicht die Mittel dazu fand, weil die Entwicklung seinen innerparteilichen Gegnern recht gab. Am Parteitag 1923 sagte er: „Wenn eine Regierung, die einseitig kapitalistisch, wie die Regierung Seipel ist, regiert, regieren möchte und dabei doch immer wieder von einer so starken Opposition blockiert ist, so kann es sein, daß die Regierungspartei in sich fest wird, die Sozialdemokratie in sich fest wird, aber unser ganzes Volk leidet.“<sup>67</sup>

Die Tatsache, daß diese beiden Richtungen innerhalb ein und derselben Partei vorhanden waren, wirft unter anderem ein Licht auf den Grundcharakter der Sozialdemokratie. Als Arbeiterpartei war sie groß geworden im Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien. Wenn sie auch taktische Bündnisse mit der einen oder anderen eingegangen war, an eine Regierungskoalition hatte niemand gedacht.

In der Tradition dieser Vorkriegsposition stand die Parteilinke, und da sie die Parteiführung innehatte, prägte sie die Gesamtpolitik. Sie strich vor allem den Charakter der Sozialdemokratie als Klassenpartei des Proletariats hervor, die ihre Ziele nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen die bürgerliche Welt durchsetzen könne. Der Flügel um Renner strich mehr die gemeinsamen, nicht die trennenden Interessen der beiden Klassen heraus. Die Sozialdemokratie sei nicht mehr eine reine Arbeiterpartei und ihre Ziele könnten auch durch Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen erreicht werden. Die Tatsache, daß die Linke nur wenig stärker war als die Rechte, drückt aus, daß sie nicht mehr die revolutionäre Partei der Vorkriegszeit war. Sie steckte mitten im Prozeß der Umwandlung in eine reine Reform- und Wahlpartei. Die Linke versuchte sich diesem Prozeß entgegenzustemmen, sie konnte ihn nur etwas auf-

halten, aber nicht stoppen. Konnte er sich einmal ungehindert entfalten, um so schneller setzte er sich dann nach dem 2. Weltkrieg durch.

Karl Renner versuchte diesen Prozeß als notwendige Folge des Kampfes um die politische Macht darzustellen. Um die Mehrheit um sich sammeln zu können, dürfe die Sozialdemokratie nicht mehr als reine Arbeiterpartei aufscheinen, deren einziges Ziel in der Vertretung der Klasseninteressen des Proletariats zu sehen sei. Sie müsse sich zur Partei des ganzen arbeitenden Volkes entwickeln und dürfe durch ihre Politik das Kleinbürgertum, die Beamten und die Angestellten nicht abstoßen. Im Verlauf der Jahre habe sich die soziale Zusammensetzung der Partei bereits erheblich gewandelt und es könne keine Rede davon sein, daß sie nur mehr eine Arbeiterpartei sei. Er kritisierte, daß die Parteiorganisationen in ihrer Arbeit darauf zuwenig Rücksicht nehmen würden. Sie müßten ihre Taktik so ausrichten, daß die neu zur Sozialdemokratie stoßenden Schichten nicht abgestoßen würden.<sup>68</sup> Renner hielt es für notwendig, vom rein proletarischen Charakter der Politik abzugehen, zumal sich die soziale Zusammensetzung der Partei bereits geändert habe. Darin sah er den richtigen Weg zur Gewinnung neuer Schichten des Volkes.

Bauer leugnete die Änderung der sozialen Basis der Sozialdemokratie nicht, aber er sträubte sich dagegen, deshalb die proletarischen Klasseninteressen zurückzustellen. Er wollte an dem festhalten, was die Sozialdemokratie in ihrer Gründerzeit gewesen war: Das gelang ihm aber nur sehr schlecht und wenn er erklärte, daß die Sozialdemokratie „nichts als die Partei der Arbeiterklasse“ sei, fügte er gleich hinzu, daß man diesen Begriff „richtig und vernünftig“ verstehen müsse. Unter Arbeiterklasse sei die Gesamtheit der Lohnabhängigen zu verstehen und daher könne man die Sozialdemokratie auch als die „Partei der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ bezeichnen.<sup>69</sup> Diese scheinbare Begriffsspielerei hatte aber weitreichende politische Differenzierungen zugrunde. Solange die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse und als „nichts anderes“ bezeichnet wurde, befand sie sich nach marxistischer Auffassung im unversöhnlichen Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Ziele waren nur durch die Niederwerfung der Bourgeoisie zu erreichen und die Machteroberung war dazu der erste Schritt. Die Einschätzung des Klassencharakters der Partei hing untrennbar zusammen mit den Vorstellungen über den „Kampf um die Macht“.

Bei Renners Einschätzung des Charakters und der Aufgaben der Partei war eine Fragestellung wie „die ganze Staatsmacht oder gar nichts“ von vornherein ausgeschlossen. Wenn es darum ging, die Interessen ver-

schiedener Bevölkerungsklassen zu vertreten, wenn nötig unter Zurückstellung der historischen Ziele des Proletariats, konnte auch schon eine Teilnahme an der Macht Erfolge bringen. Die Gewinnung der Mehrheit war demnach nicht primär von Bedeutung, weil dadurch die Klassenziele des Proletariats erreicht werden konnten. Sie würde eine konsequentere Reformpolitik im Interesse der Mehrheit des Volkes ermöglichen, weil die Sozialdemokraten in der Regierung nicht ständig durch Rücksichten auf den Koalitionspartner gehemmt wären.

In der gesamten Partei bestand Einigkeit darüber, die Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Aber aus der unterschiedlichen Einschätzung des Charakters der eigenen Partei ergab sich eine unterschiedliche Linie im Kampf um dieses Ziel. Bauers Stellung führte zur Konfrontation mit den bürgerlichen Kräften, Renner versuchte die Politik auf Versöhnung und Kooperation auszurichten. Er wollte die christlichsozialen Wähler nicht durch Klassenkampfpapieren, sondern durch positive sozialdemokratische Reformarbeit gewinnen. Gegen die Linke gewandt, sagte er auf dem Parteitag 1923: „Wir können hundert Jahre über die Armen reden und sie verteidigen, solange die Klerikalen die Caritas haben und die Leute damit einfangen, ist unser Wort Wind. Aber seitdem der Tandler es anders gemacht hat und die Fürsorge im Namen des Proletariats organisiert hat, seitdem haben die Menschen wirklich proletarische Arbeit empfunden. Deshalb ist derjenige schief gewickelt, der meint, es mit allgemeinen Deklamationen über den Sozialismus zu richten.“<sup>70</sup>

Otto Bauer konnte sich jedoch durchsetzen. Die Taktik der entschlossenen Opposition wurde entgegen dem schwachen Widerstand zur Leitlinie der Politik. In ihr sollte der Ansturm gegen die bürgerliche Festung organisiert werden.

### *3. Ermattung des Gegners*

So entstand eine Lage, in der die Parteien in sich geschlossener und fester wurden, die gegenseitige Abgrenzung zu einem immer wesentlicheren Bestandteil der Politik wurde und die Gegensätze und Konflikte sich wechselseitig eskalierten. Die sozialdemokratische Linke begrüßte diese Entwicklung bis zu einem gewissen Grad, weil sie ihrer Meinung nach rascher und zielsicherer zu den Entscheidungskämpfen um die politische Macht führen würde.

Auf den ersten Blick stimmt die taktische Linie, die sich 1923 bis 1926 herausbildete und durchsetzte, mit jener der Vorkriegszeit voll überein. Otto Bauer hatte damals im „Kampf“ geschrieben: „Je mächtiger die Unternehmer, je schwieriger die Kampfbedingungen werden, desto sel-

tener können die Gewerkschaften den Kampf wagen. Kommt es aber zum Kampf, dann ist er ausgedehnter und gewaltiger denn je. Immer stärker werden hüben und drüben die Organisationen, immer größer die aufmarschierenden Massen, immer gewaltiger die Ausdehnung der Schlachtfelder, immer furchtbarer die Erschütterung der Volkswirtschaft und des Staates, die der Kampf herbeiführt. So treibt die kapitalistische Gesellschaft selbst zu den Riesenkämpfen, denen sie schließlich erliegen wird.“<sup>71</sup> Otto Bauer war vor dem Weltkrieg ein Verfechter von Karl Kautskys „Ermattungsstrategie“ gewesen, die dieser im Zuge der Massenstreikdebatte entwickelt hatte.<sup>72</sup> Kernpunkt seiner Auffassungen war die Behauptung, daß alle Klassen der Gesellschaft sich gegen die Arbeiterklasse zusammenschließen, so daß dieser gar kein anderer Ausweg bleibe, als den Klassenkampf unversöhnlich zu führen.<sup>73</sup>

Die Arbeiterklasse könne diesem Ansturm nur begegnen, wenn sie ihre eigenen Reihen noch fester schließe und ihre Gegnerschaft zur bürgerlichen Welt noch mehr verstärke. Noch sei sie zu schwach, die bürgerlichen Klassen niederzuwerfen. Ihre Politik müsse daher darauf abzielen, den Gegner ständig anzugreifen, ihn zu zermürben und zu schwächen, ohne aber den entscheidenden Schlag zu führen. Ein zu frühes Losschlagen würde zur Niederlage führen. Die Arbeiterklasse müsse ständig ihre eigene Bewegung im Flusse halten, dürfe in Demonstrationen nicht erlahmen, müsse jede politische Situation ausnützen, um die Autorität der bürgerlichen Parteien bei den Volksmassen zu untergraben.<sup>74</sup>

Die Festigung der eigenen Partei war der Zentralpunkt der Politik: Mittel und Resultat der Schwächung des Gegners. Durch die Organisation sollten alle arbeitenden Menschen vereint werden, das Gefühl der proletarischen Kraft bekommen und sich bewußt im Gegensatz zur ganzen bürgerlichen Welt stellen. Um die kapitalistische Klassenherrschaft beseitigen zu können, brauche die Arbeiterklasse nur eines: Vertrauen in die eigene Kraft. Auf die Stärkung des Selbstvertrauens und ihrer Bereitschaft zum Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft müsse die gesamte Politik ausgerichtet werden.

Durch die Geschlossenheit ihrer Reihen, durch den ständig geführten Kampf sollte die Sozialdemokratie gleichzeitig eine Anziehungskraft auf die bisher politisch indifferenten Teile des Volkes ausüben. Ihnen sollte gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie eine wirkliche Macht in der bürgerlichen Gesellschaft darstelle, und zwar eine solche Macht, die imstande war, diese ganze Gesellschaft über den Haufen zu werfen und eine neue aufzubauen. In der Schaffung und Aufrechterhaltung des pro-

letarischen „Kraftgefühls“ sah Kautsky den Angelpunkt der ganzen Politik. „Nichts fürchten unsere Gegner mehr als das Wachstum dieses Kraftgefühls. Sie wissen, daß ihnen der Riese ungefährlich bleibt, solange er sich seiner Kraft nicht bewußt wird.“<sup>75</sup> Damit der „proletarische Riese“ zum Kraftgefühl komme, müsse die Sozialdemokratie die Arbeitermassen ständig in Einzelgefechte mit der Bourgeoisie und dem Staat führen, den Gegner zermürben, in Demonstrationen die Konfrontation suchen und die Arbeiterklasse im Kampf schulen. Zum Entscheidungskampf sei es noch zu früh, es komme auf das Zusammenfassen der proletarischen Kräfte an. Rosa Luxemburg warf in ihrer letzten Kontroverse mit Kautsky diesem vor: „Die Demonstrationen sollen ‚immer machtvoller‘ sein, sie sollen aber nicht ‚um jeden Preis vorwärts‘ gehen, sie sollen ‚nicht erlahmen‘, sich aber nicht zuspitzen. Mit einem Worte: die Demonstrationen sollen nicht vorwärts und nicht rückwärts gehen... Man soll sich aber keinen Illusionen hingeben, daß man... eine Massenbewegung, daß man Demonstrationen jahrelang ohne Steigerung und ohne die Entschlossenheit zum schärfsten Kampf aufrechterhalten könne.“<sup>76</sup> Diese ganze Politik lief auf ein Zurückweichen vor dem Handeln hinaus, auf ein „aktionsloses Abwarten“<sup>77</sup> und auf eine „Konservierung des revolutionären Bewußtseins“<sup>78</sup>. Die Politik des „Austromarxismus“ kann als Versuch verstanden werden, diese Ermattungsstrategie unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit anzuwenden und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Das konnte nicht ohne wesentliche Modifikationen geschehen. Während Kautskys Taktik in der Vorkriegszeit nur begrenzten Einfluß auf die Festlegung und Bestimmung der praktischen Politik gewann, wurde ihre Weiterentwicklung und Änderung durch Otto Bauer zur Leitlinie des Handelns der österreichischen Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren.

Mit dem Wahlerfolg von 1923 begann die „Blütezeit des Austromarxismus“<sup>79</sup>, die bis zum Brand des Wiener Justizpalastes 1927 dauerte. Es wurde die Parole zur Verschärfung des Kampfes gegen die bürgerliche Welt, zur Gewinnung der Mehrheit des Volkes ausgegeben. Als wichtigste Aufgabe wurde die Erziehung der Wählermassen zu aktiven Mitgliedern der Sozialdemokratie genannt. Sie sollten eingegliedert werden in das organisierte Heer der Arbeiterklasse. Die Festigung der eigenen Reihen bei ihrer gleichzeitigen Ausdehnung galt als das Um und Auf der Politik, als allererste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um die Eroberung der Staatsmacht. Dazu dienten unter anderem die unzähligen Organisationen der Partei, die eine eigene Welt in der bürgerlichen Gesell-

schaft und im Staat bildeten. In ihnen sollte der Arbeiter lernen, seine Geschicke selbst zu bestimmen und er sollte die Befriedigung finden, die ihm die bürgerliche Gesellschaft versagte. Im Betrieb sei der Arbeiter nur ein Rädchen an der großen Maschine, dort finde er nichts als Schikanen und Qual. In der Organisation gestalte er das Geschick seiner Klasse mit, dort finde er als Vertrauensmann „die Möglichkeit freieren, persönlicheren, befriedigenderen schöpferischen Wirkens“, dort könne er für die Zukunft der ganzen Klasse kämpfen.<sup>80</sup> Diese Abgrenzung von der Welt des Bürgertums sollte die noch unorganisierten Arbeitermassen anziehen und den politisch indifferenten Menschen die ganze Schöpferkraft der Sozialdemokratie vor Augen führen. Diese Abkapselung, die von den Führern zum Teil bewußt, zum Teil unbewußt betrieben wurde, hatte einen doppelten Effekt. Das Wachsen ihrer Organisationen sollte den Arbeitern größeres Zutrauen zu sich selbst geben, ihr „Kraftgefühl“ steigern. Gleichzeitig sollte es ihnen begreiflich machen, daß die Eroberung der politischen Macht notwendig sei, um diese ihre Organisationen in den Mittelpunkt des ganzen gesellschaftlichen Lebens zu rücken. Sie sollten zum Kampf um die Staatsmacht angespornt werden.

Die Tätigkeit in den sozialdemokratischen Organisationen ging still und lautlos vor sich, ohne großes Aufsehen zu erregen. In den Demonstrationen hingegen fand sich all das zusammen, was in der Sozialdemokratie organisiert war, um den bürgerlichen Klassen ihre „unversöhnliche Gegnerschaft“ anzukündigen und ihnen öffentlich ihre Stärke zu zeigen. Sie waren die großen Ereignisse und Erlebnisse, die dem „proletarischen Riesen“ die Kraft einhauchten, die es bis zur nächsten Demonstration zu konservieren bzw. in stille Organisationsarbeit umzusetzen galt. Die österreichische Sozialdemokratie befolgte geradezu musterhaft die Aufforderung Kautskys, „in Demonstrationen nicht zu erlahmen“. Sie zeigte aber gleichzeitig die Ohnmacht einer solchen Politik — und gab damit sowohl den linken als auch den rechten Kritikern recht.

Diese Politik zielte darauf ab, die proletarischen Kräfte zusammenzufassen und zu vereinheitlichen, verzichtete aber darauf, sie in eine Offensivbewegung hineinzuziehen. In dem Wort „wir sind der Trotz und die Kraft“ kommt sie sinnfällig zum Ausdruck. Die sozialdemokratischen Stellungen sollten wie eine Burg verteidigt werden, während sie gleichzeitig durch Vergrößerung ihrer Reihen ausgebaut werden sollten. Voll Stolz wurde daher vor den Parteitag, nach Veröffentlichung des Berichtes der Parteivertretung, „rote Heerschau“<sup>81</sup> gehalten. Man ließ die „stolzen Zahlenkolonnen“ vor sich vorüberziehen und schaffte sich da-

durch erneut die Gewißheit, „daß die Sozialdemokratie in Österreich ein Fels ist, der jedem Sturm standzuhalten vermag. Aber diese Zahlen lehren ein zweites: das wachsende Vertrauen des arbeitenden Volkes zu unserer Partei“.<sup>82</sup> Geradezu euphorisch wirkte aber der Wiener Maiaufmarsch, wo die „Unerschöpflichkeit der Kolonnen“, die den Ring und den Rathausplatz überfluteten, „zum brüderlichen Erlebnis der Einheit und Einigkeit aller arbeitenden Menschen“ wurde.<sup>83</sup> Erst die Juliereignisse des Jahres 1927 machten deutlich, daß die Ermattungspolitik ein schwaches Fundament für den „proletarischen Riesen“ war und er beim ersten scharfen Sturmstoß zu wanken begann.

Die Politik des Austromarxismus unterschied sich in zwei wesentlichen Fragen von der Linie Kautskys, wie er sie zur Zeit der Massenstreikdebatte propagiert hatte: durch die veränderte Haltung zum Staat und zur Bauernschaft.

Kautsky hatte die Frage der Staatsmacht völlig offengelassen — und hier setzte Lenins Hauptkritik an.<sup>84</sup> Bauer bekannte sich zum bestehenden Staatswesen und wollte es für die Zwecke der Arbeiterklasse einsetzen. Daraus leitete eine andere Form der Oppositionspolitik ab. Die Opposition dürfe nicht so aussehen wie im alten Österreich. Sie dürfe nicht negativ, sondern müsse positiv sein, und zwar positiv nicht nur „in dem Sinne, daß sie dem Proletariat Errungenschaften heimbringen muß, sondern positiv selbst in dem Sinne, daß sie für den Staat Positives erreichen muß“, weil die Sozialdemokraten es gewesen seien, die den demokratischen Staat geschaffen hätten.<sup>85</sup> Der Bevölkerung sollte in jedem konkreten Fall gezeigt werden, wie die Sozialdemokraten das Problem lösen wollten. Der breiten Masse sollte „an tausenderlei konkreten, wohlbe-gründeten Vorschlägen die ganz bestimmte Vorstellung vermittelt werden, wie die Sozialdemokraten regieren“, wenn sie zur Macht gelangen.<sup>86</sup> Die Regierungsvorschläge sollten zu einer Waffe gegen die Regierung gemacht werden. Die Oppositionspolitik sollte durch das Aufzeigen klarer Alternativen das „Ansehen und die Autorität“ der bürgerlichen Parteien bei der Bevölkerung diskreditieren. Sie sollte die Unfähigkeit der bürgerlichen Kräfte, das Land und den Staat zu verwalten, erst richtig zum Vorschein bringen.

Vor dem Krieg hatte die Sozialdemokratie einen Kampf um Reformen geführt, ihn aber in Ansätzen gegen das bestehende Staatswesen gerichtet. Die politischen Umwälzungen 1918 hatten die Republik gebracht, die ersehnte Staatsform, und in der Koalition hatte sich die Sozialdemokratie erstmals aktiv an der Gestaltung der Staatsgeschäfte

beteiligt. Mehr noch: sie hielt sich für die einzige Kraft, die imstande sei, diesen Staat richtig zu verwalten. Das Bürgertum habe seine historische fortschrittliche Rolle längst verloren, es sei durch und durch reaktionär geworden. Sein einziges Ziel bestünde in der Niederhaltung der Arbeiterklasse, es verfüge über kein positives Programm. „In anderen Ländern kämpft die Arbeiterklasse als Opposition gegen das Programm der bürgerlichen Regierungsparteien; in Österreich kämpfen die Regierungsparteien gegen das Programm der Opposition.“<sup>87</sup> In einer solchen Situation komme der Sozialdemokratie über die Interessensvertretung der Arbeiterklasse eine weitere Aufgabe zu: durch ihre Oppositionspolitik einen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der demokratischen Republik zu leisten.

Durch scharfe, aber positive Opposition sollten der volksfeindliche Charakter der Regierungspolitik aufgedeckt und die Massen für die Unterstützung der Sozialdemokratie gewonnen werden. Sie würde sich als geschlossene und kompakte Kraft darstellen, der man die Vertretung der eigenen Interessen anvertrauen könne. Die Entschlossenheit, bis zum Schluß für die Durchsetzung der Forderungen einzustehen, sollte ihre Anziehungskraft weiter steigern.

Um der Regierung den Willen der Opposition aufzuzwingen, griff die Sozialdemokratie in wichtigen Fragen auf außerparlamentarische Kampfmittel, auf den Druck der Straße zurück. Das Ineinandergreifen von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen verschob bis zu einem gewissen Grad die innerparlamentarischen Kräfteverhältnisse. Die Regierung stand nicht nur im Kreuzfeuer der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern unter dem Druck der Massen. Damit diese Taktik erfolgreich angewandt werden konnte, war die permanente Mobilisierung der Massen notwendig. Sie mußten ständig in Bewegung gehalten werden, um bei gegebenem Anlaß der bürgerlichen Regierung ihre „Kampfschlossenheit“ zu zeigen. Die Politik der „radikalen Phrase“ war solange notwendig und unumgänglich, als die Sozialdemokratie sich nicht entschließen konnte, außerparlamentarische Aktionen abzustellen und eine rein parlamentarische Politik zu machen. Sobald sie an diesem Punkt angelangt war, war ihre Umwandlung in eine reine Reformpartei abgeschlossen.

Die Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf machte den Wesenszug der Oppositionspolitik aus. Bauer stellte die Frage: „Müssen wir also, weil wir im Parlament eine Minderheit sind, die anderen entscheiden lassen, obwohl wir doch außerhalb des

Parlaments so stark sind, oder können wir, obwohl wir die Minderheit im Parlament sind, der Gesetzgebung und der Verwaltung unseren Willen aufzwingen, gestützt auf unsere außerparlamentarische Macht?“<sup>88</sup> Er sah durchaus die Gefährlichkeit einer solchen Taktik für den Parlamentarismus. Daher könne auf außerparlamentarische Aktionen nur in Notfällen zurückgegriffen werden. Denn die ständige Anwendung solcher Kampfmittel würde, ebenso wie eine ständige Obstruktionspolitik, die Funktionsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigen. Das Ende des parlamentarischen Regierungssystems wäre aber der Beginn der schrankenlosen Herrschaft der Reaktion.<sup>89</sup>

Dennoch verging fast keine Beschlußfassung über wichtige Gesetze, ohne daß vorher nicht Massendemonstrationen, vor allem der Wiener Arbeiter, stattgefunden hätten. Dafür ist die Kampagne im Dezember 1925 zur Verhinderung einer Mieterschutzvorlage beispielhaft. Die Sozialdemokratie versuchte das ganze Volk, unabhängig davon, ob die Mieter Arbeiter, Beamte oder Angestellte waren, zu mobilisieren. Die Regierungsvorlage sei ein Attentat auf das ganze Volk, nicht bloß auf eine Klasse. Um die Abwehr zu organisieren, wurden für einen Tag 313 Versammlungen in Wien angekündigt. Als aber wegen des Andrangs weit mehr durchgeführt werden mußten und in ihnen Menschen auftauchten, „die noch nie in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen waren“, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“: „Diese 451 Versammlungen haben das Todesurteil über die Mieterschutzvorlage der Regierung gesprochen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden dieses Urteil vollziehen. Und wer ihnen dabei in den Arm fallen wollte, der würde es erleben, wie sich diese Massen erheben.“<sup>90</sup> Das war eine Politik der unverhüllten Drohung gegenüber der Regierung, um ihr Zugeständnisse abzurufen. Andererseits sollten durch sie neue Massen an die Sozialdemokratie herangeführt werden: sie trete für die Interessen der Massen ein und verfüge über das Mittel des außerparlamentarischen Kampfes, um ihnen zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Grund mehr, um diese Partei zu stärken. Diese Politik mochte in gewissem Sinn zu kräftig sein. Aber sie beschränkte sich fast ausschließlich auf die Stadt. Im Kampf um die Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitsbeschaffung, des Mieterschutzes konnten die städtischen und ländlichen Mittelklassen nur partiell einbezogen werden.

Bei dieser Politik wurde sehr viel vom Klassenkampf, vom unveröhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie geredet. Aber diese Worte bestimmten nicht die Taten, zwischen Theorie und Praxis klaffte ein

offenkundiger Widerspruch. In ihrer Praxis hatte sie sich eindeutig auf die Reform festgelegt. Das zeigte sich schon allein an ihrer Haltung zum Staat, an ihrer Haltung zum Parlamentarismus und zur Koalition. Sie hatte aber den Übergang zur reinen Reformpartei noch nicht restlos vollzogen. Sie betrachtete sich noch als die Partei der Arbeiterklasse, der Sozialismus war das unverrückbare Ziel. Zu erreichen sei er nur durch energische, durchgreifende Reformen einer Arbeiterregierung. Das bedeute einen harten Kampf mit dem bürgerlichen Gegner. Sobald der Reformweg eingeschlagen war, tauchte aber die Gefahr auf, über den Tageskampf den Kampf um den Sozialismus zu vergessen und in der Tagespolitik völlig aufzugehen. Das war der eine Grund, warum Otto Bauer ständig vom Sozialismus sprach. Die andere Seite war die, daß die revolutionäre Agitation notwendig war, solange die Massen in Demonstrationen gegen die Regierung geführt wurden. Sie würden nur solange auf die Straße gehen, als sie tatsächlich glaubten, dadurch Veränderungen erzielen zu können. Radikale Worte und praktische Reformpolitik ergänzten sich in gewisser Weise. Das war solange der Fall, als die Sozialdemokratie das parlamentarische Kräfteverhältnis durch außerparlamentarische Aktionen zu beeinflussen gedachte und die Massen dabei mitmachten. Die Politik der revolutionären Phrase führte in dem Maß in die Sackgasse, als die Massen zum Handeln drängten und sie feststellen mußten, daß die Führung nicht imstande war, sie zu leiten. Sie mußte weiters scheitern, als jene, die trotz der revolutionären Phrase die Sozialdemokratie unterstützten, feststellten, daß diese durch ihre Politik keine Zugeständnisse von der Bourgeoisie mehr abringen konnte. Dann brach der Widerspruch zwischen Wort und Tat offen auf, der solange verschleiert werden konnte, als die Sozialdemokratie Reformen durchsetzen und Erfolge erzielen konnte. Der Gegner ließ sich nicht ermatten, wenn kein größeres Gefecht geliefert wurde. Vielmehr ermatteten die eigenen Kräfte, als sie sahen, daß keine wirklich vorwärtstreibenden Siege erzielt wurden. Das ganze Kraftgefühl begann zu schwinden. Damit das deutlich wurde, brauchte es aber die Niederlage vom Juli 1927.

#### *4. Die Gewinnung der Bauern*

Vorerst versuchte man mit der Politik des verbalen Radikalismus die Industriearbeiter um sich zu sammeln und bemühte sich gleichzeitig, die Bauern nicht abzustoßen. Denn es war klar, daß nur der die Macht ausüben konnte, der über Einfluß auf die Bauernschaft verfügte. In der Frage der Gewinnung der Bauern brachen allerdings die innerpartei-

lichen Gegensätze neu auf, die sich bereits in der Haltung zur Koalition und in der Politik der harten Konfrontation zwischen Sozialdemokratie und christlichsozialer Partei gezeigt hatten.

In der Vorkriegszeit und unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte die Sozialdemokratie auf die Landagitation fast überhaupt kein Gewicht gelegt. Ihrer Einschätzung nach hätte die Entwicklung des Kapitalismus zur Vergrößerung des Industrieproletariats geführt und dieses gelte es vor allem zu gewinnen. Durch die Schaffung des österreichischen Staates war einer Taktik, die auf einer solchen Einschätzung beruhte, der Boden unter den Füßen entzogen worden. Infolge des Zusammenbruchs der Wirtschaft und des Verlustes eines Großteils des Industriegebietes war die Hoffnung, die Arbeiterklasse könne in absehbarer Zeit zur Mehrheit der Bevölkerung werden, zur offenkundigen Illusion geworden.<sup>91</sup> Die ganze wirtschaftliche Lage drängte die Sozialdemokratie hinaus aufs Land. Bei der Begründung des Agrarprogramms, das sie sich 1925 gab, betonte Bauer, daß es kein Zufall sei, daß die österreichische Partei als erste der sozialdemokratischen Parteien an die Erstellung eines solchen Programms gehe. Die Wirtschaft sei in einem rückläufigen Prozeß und man dürfe nicht erwarten, daß die Zahl der Arbeiter ansteige.<sup>92</sup> Das Problem dabei war, wie bei der Verschärfung der politischen Gegensätze seit der Auflösung der Koalition die beiden Kampfaufgaben verbunden werden konnten: die Gewinnung kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten und die Vertiefung des Gegensatzes zur bürgerlichen Welt.

Die Beschlußfassung des Agrarprogramms sollte die Richtlinien festlegen. Damit sollte aber auch der Zustand in der Landagitation beendet werden, den einer der Parteitagsdelegierten folgendermaßen beschrieb: „Einer hat den Agrarbolschewismus gepredigt, ein anderer hat den Großgrundbesitz aufgeteilt, wieder ein anderer hat die Pächter zu Eigentümern gemacht, und es wird auch einen gegeben haben, der meinte, er müsse dem Bauer begreiflich machen, daß er für die Arbeiterbewegung erst reif ist, bis er aus der Kirche ausgetreten ist.“<sup>93</sup>

Das neue Programm sollte nicht nur anspornend für die Delegierten aus den bäuerlichen Gebieten wirken. Es sollte auch der Industriearbeiterschaft einen Ausweg aus der „österreichischen Misere“, aus der Enge der Verhältnisse weisen. Immer wieder tauchte die Stimmung auf, daß die Kleinheit des Landes, seine Umzingelung durch reaktionär regierte Großstaaten dem Voranschreiten des Sozialismus unüberwindbare Hindernisse in den Weg legte. Vor allem konnte man sich des Gefühls nicht

erwehren, daß nichts vorwärtsging, daß die Sozialdemokratie immer wieder auf sich selbst zurückgeworfen wurde und nicht über den engen Rahmen der Industriearbeiter hinauskam. In dem Agrarprogramm liege „die Möglichkeit, so stark zu werden, daß wir die Herren dieser Republik werden und alles verwirklichen können, was wir brauchen“.<sup>94</sup>

Trotzdem ging die Eroberung des „Landvolkes“ nur mühsam voran. Oft unterzog man sich dieser Arbeit nur, weil sonst an die Mehrheit einfach nicht heranzukommen war. Auf den Parteitagten rissen die Klagen der Delegierten aus den Bundesländern nicht ab, daß die „Arbeiter-Zeitung“ die Fragen der Landagitation völlig vernachlässige und daß die Parteivertretung wenig unternehme, um die Genossen dazu anzuspornen. Auf die Worte beim „Parteitag des Agrarprogramms“ seien keine entsprechenden Taten gefolgt.<sup>95</sup>

Mit dem Agrarprogramm war in einigen wesentlichen Punkten Klarheit geschaffen worden. Es stellte fest, „welche Wirkungen die Sozialisierung der Großbanken, der Großindustrie und des Großhandels auf die Bauernschaft üben wird“<sup>96</sup> und unterstrich, daß die sofortige Kollektivierung der Einzelbauernwirtschaften keineswegs etwas mit der Sozialdemokratie zu tun habe. Es bemühte sich nachzuweisen, daß Sozialismus keineswegs Enteignung von Haus und Hof, sondern Verbesserung der materiellen Lage auch der Bauern bedeute. Er knüpfte an die Tagesinteressen der Kleinbauern an und suchte ihnen einen solchen Ausweg zu zeigen, den sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft gehen konnten.

In der Agrarpolitik tauchten aber Differenzen auf, die weit über die Linie der Landagitation hinausgingen und ihre Wurzeln in der unterschiedlichen Stellung zu Koalition und Opposition hatten.

Auf den Parteitagten hatten vor allem die Delegierten aus den Bundesländern betont, daß die Politik in der Stadt, die Politik der harten Konfrontation, mitunter nachteilige Wirkungen für den Kampf um die Gewinnung der Kleinbauern und der Landarbeiter hatte. Solange als Hauptziel der Sozialdemokratie die Eroberung der politischen Macht und als Mittel dazu der unversöhnliche Klassenkampf ausgegeben werde, falle es den Christlichsozialen relativ leicht, von der positiven Reformarbeit der Sozialdemokratie in den Städten abzulenken und deren angeblich umstürzlerische Tätigkeit in den Vordergrund zu rücken.

Inbesondere Karl Renner war es, der aufforderte, das Demonstrative, Ostentative und die radikale Rhetorik abzulegen und sich voll auf die Reformpolitik zu konzentrieren. Nicht nur Deklamationen, sondern

allein durch die konstruktive, schöpferische Arbeit sozialdemokratischer Verwaltung könnten die Vorurteile der Bauern abgebaut und die Mauer zwischen Arbeitern und Bauern niedergerissen werden. „Ich habe durch dreizehn Jahre in Wiener Neustadt über den Sozialismus geredet. Wir haben dort ganz allmählich zugenommen, hatten aber immer Mühe, die Mehrheit zu erhalten. Ich hatte es riesig schwer, theoretisch zu den Leuten zu reden. Aber seit dem Augenblick, als ich ihnen sagen konnte: Sehet die Waldschule, sehet das Lehrlingsheim, hier haben wir begonnen, die Gesellschaft im wesentlichen zu ändern, wir beginnen hier für die besitzlosen Klassen soziale Institutionen zu schaffen, seit dem Augenblick haben wir in Wiener Neustadt nahezu die Zweidrittelmehrheit.“<sup>97</sup> In den Parteitagebatten kam deutlich zum Ausdruck, daß dies nicht die Meinung eines einzelnen war, sondern daß sie die Erfahrungen und die Praxis der „im Kampf um das Landvolk“ stehenden Genossen zusammenfaßte. Der radikalere, linke Flügel der Partei setzte sich vor allem aus Vertretern der Wiener Organisation und anderer Industriegebiete zusammen. Dazu kamen noch die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“, die sich, wie auf dem Parteitag 1927 jedem klar wurde, in offenem Gegensatz zu den in der Provinz arbeitenden Parteimitgliedern befanden.

Die Debatten um die Agrarfrage bargen tiefgreifende Differenzen in sich, die jedoch nur in den seltensten Fällen zum vollen Durchbruch kamen. Der Flügel um Karl Renner versuchte, die auf dem Land durchgeführte Politik der Mäßigung und Versöhnung zur Richtlinie der Gesamtpartei zu machen. Genausowenig man am Land unter den Bauern durch Deklamationen weiterkomme, genausowenig in der Stadt unter den Arbeitern. Der Mieterschutz, die Fürsorge, die Wohnbaupolitik, das habe der Partei in Wien ein festes Rückgrat verschafft, nicht das Reden vom Sozialismus und der Weltrevolution.

Dieser Linie wurde von seiten der Linken heftigst widersprochen. Am Parteitag 1923, wo der Streit zum ersten Mal offen ausbrach, meinte Friedrich Austerlitz, mit Taten wie Renner sie fordere, sei es nicht getan. Die Massen müßten mit sozialistischem Gedankengut ausgefüllt werden. Das sei der Hauptpunkt. Ansonsten könne man unter Umständen zwar die Mehrheit gewinnen, aber nicht für den Sozialismus.<sup>98</sup> Otto Bauer versuchte, zwischen beiden Standpunkten zu vermitteln. „So wichtig es ist, daß wir zeigen, wie wir verwalten können, so wäre es ein Fehler, wenn wir den Menschen nur noch erschienen als die Partei, die gute Schulgebäude baut und sonst gut zu verwalten versteht. Da würde sich die Vorstellung verflüchtigen von der großen Partei, die die

Welt umwälzen will.“<sup>99</sup> Es gehe um die Verbindung, um die Synthese von „Reformpolitik und revolutionärem Enthusiasmus“.

Damit waren aber die schwierigen Fragen praktischer Politik nicht gelöst. Jedenfalls nicht für den Großteil der Sozialdemokraten, die auf dem Land tätig waren. Denn die mit revolutionärem Eifer betriebene Politik in der Stadt widersprach der eigenen Taktik und lieferte den Christlichsozialen wichtige Argumente. Der Gegensatz von Stadt und Land brachte zwei politische Linien zum Ausdruck.

In Wien waren alle Bedingungen für eine harte Politik gegenüber den bürgerlichen Parteien gegeben. Die Sozialdemokratie konnte gestützt auf eine kompakte Anhängerschaft auf der Ebene der Gemeinde ihre Pläne ziemlich mühelos durchsetzen. Die Fragen, die zu einer Verschärfung der politischen Spannungen führten, waren nicht so sehr Fragen der Gemeindepolitik, sondern umfassende innenpolitische Fragen. Das änderte sich erst dann, als die Christlichsozialen von den Ländern aus an die „Umkreisung Wiens“ gingen. Bis dahin verlief die Frontstellung hauptsächlich zwischen der Wiener Organisation der Sozialdemokratie und der Bundesregierung. Der Feind saß für die Wiener nicht im Rathaus, sondern im Parlament.

Die Arbeit der Bundesregierung in „ihrer“ Stadt spornte sie immer wieder an, dieses letzte Bollwerk im „roten Wien“ einzunehmen und damit die Macht über die Hauptstadt hinaus auf das ganze Land auszuweiten. Es war hauptsächlich die „Organisation der Dreihundertdreißigtausend“<sup>100</sup>, die „Musterorganisation der Welt“<sup>101</sup>, die den Kampf um die Staatsmacht zur Hauptlosung machte und ihre Politik danach gestaltete. Der überwiegende Teil ihrer Massenkundgebungen, Demonstrationen und Aufmärsche richtete sich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre gegen Regierungsmaßnahmen. Die Partei führte ihren außerparlamentarischen Kampf hauptsächlich vermittelt über die Wiener Organisation. Nicht zuletzt deshalb waren die Wiener Sozialdemokraten mehr als jene in den Ländern vom „Machtgefühl“ erfüllt. Ganz anders war dagegen die Situation am Land. Hier waren die Sozialdemokraten in der Position der Schwäche und sie konnten die Christlichsozialen nicht frontal bekämpfen, die über die wirksame Unterstützung der Kirche verfügten. Sie mußten zunächst und vor allem praktisch beweisen, daß auch sie die Interessen der Bauern zu vertreten verstanden, und zwar besser als die Christlichsozialen. In Wien konnten sie die Christlichsozialen oft einfach übergehen. Auf dem Lande mußten sie auf jede Bewegung des Gegners genauestens achten, jede geringste seiner Schwächen ausnutzen

und vor allem durften sie sich selbst keine Blöße geben. Daher hielten sie das ständige Reden vom Klassenkampf, die vielen Demonstrationen für ungünstig, denn die Vorurteile gegenüber der Arbeiterschaft würden eher verstärkt als abgebaut. Die Christlichsozialen erhielten dadurch die billigsten Argumente.

Die Politik in der Stadt zielte hauptsächlich auf die Eroberung der politischen Macht ab. Die Arbeiter sollten zu bewußten Sozialisten gemacht werden. Anders am Land, wo die Sozialdemokratie der Tatsache Rechnung trug, daß es den Bauern um Haus und Hof ging. Das Agrarprogramm knüpfte bewußt an die Tagesinteressen der Kleinbauern an und versuchte, ihnen einen Ausweg aus ihrer Lage zu weisen. Dabei nahm die inhaltliche Zurückweisung des Arguments, Sozialismus bedeute ihre Enteignung, einen der Hauptpunkte ein. Man gab sich wenig Hoffnungen, die Bauern zu bewußten Sozialisten machen zu können. Man hoffte, ihre Stimme zu bekommen und sie dann infolge positiver Reformarbeit weiters bei der Sozialdemokratie zu halten.

Renner forderte auf, „seine Taktik insbesondere so einzurichten, daß die anderen nicht fortwährend abgestoßen werden“.<sup>102</sup>

Ein weiterer Punkt, der die Gegensätze auf dem Land abschwächte, war die Tatsache, daß die Landesregierungen proporzmäßig zusammengesetzt waren. Dieser Widerspruch zwischen der Oppositionspolitik im Nationalrat und der Zusammenarbeit auf Landesebene wurde 1926 auf dem Parteitag von Danneberg zur Sprache gebracht und er meinte, „daß dieses Zusammenarbeiten in der Landesregierung natürlich zu einer Abschleifung der Gegensätze führt, daß das Kompromiß dort auf der Tagesordnung steht und daß darum in den Landtagen in der Regel ein wirksamer Kampf nicht geführt werden kann und daß, wo es keinen Kampf gibt, natürlich auch der Kampfgeist leidet“.<sup>103</sup> An der darauffolgenden Debatte beteiligten sich ausschließlich Vertreter der Länder, die einhellig der Meinung waren, daß es gar nicht in Frage käme, an dieser Regierungsform zu rütteln. Sie übten gleichzeitig eine vorsichtige Kritik an der Politik im Nationalrat, an der Opposition. Ludwig Leser führte das folgendermaßen aus: „Gerade die Teilnahme an der Landesregierung bietet der sozialdemokratischen Opposition ein viel größeres Gebiet als die rein parlamentarische Opposition, weil sie das ganze Gebiet ja verwaltet und aufschließt und unter die Kontrolle und daher auch unter die oppositionelle Einwirkung in den Landtagen stellt.“<sup>104</sup>

Diese Delegierten waren es, die aufforderten, auch im Parlament eine Politik zu machen, die sie selbst schon jahrelang verfolgten. Fried-

rich Adler faßte die beiden Linien in der Partei so zusammen: „Wir haben die eine Methode, die Mehrheit zu gewinnen und sie auszuüben in Wien, und die andere Methode ist der Proporz und die Koalitionsregierung in den Ländern. Sollen wir das Beispiel von Wien oder das Beispiel der anderen Länder befolgen?“<sup>105</sup>

## II. DIE STELLUNG IN DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

### 1. Das „marxistische Zentrum“ vor und nach dem Weltkrieg

Der Austromarxismus betrachtete sich als mitten „zwischen Reformismus und Bolschewismus“ stehend, und diese Auffassung wird in der wissenschaftlichen Literatur zum größten Teil geteilt.<sup>106</sup> Zur Begründung wird die Stellung in der internationalen Arbeiterbewegung, zur russischen Revolution und die Haltung zur Diktatur herangezogen, wie sie im „Linzer Programm“ niedergelegt ist. Diese Auffassung bedarf einer kritischen Überprüfung.

Der Weltkrieg hatte in den meisten sozialistischen Parteien die reale Stärke jener politisch ideologischen Strömungen sichtbar gemacht, die zuerst im Revisionismusstreit und anschließend in der Massenstreikdebatte ans Licht getreten waren. Während sich im Revisionismusstreit die erste offene Differenzierung zwischen Reformisten und revolutionären Marxisten zeigte, brachen in der Massenstreikdebatte zum ersten Mal die Differenzen innerhalb der orthodoxen Marxisten auf. Erst seit diesem Zeitpunkt sprach man von den drei Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung und von der Herausbildung eines „marxistischen Zentrums“.<sup>107</sup> Während sich in den Debatten über den Revisionismus um die Jahrhundertwende der Streit um Fragen theoretischer Natur drehte, ging es bei der Auseinandersetzung über den Massenstreik um Fragen praktischer Politik, der unmittelbaren Aktion. Eindeutig legten sich nur die Reformisten und die Linksradikalen fest. Kautsky und seine Anhänger — in Österreich vor allem Otto Bauer — bezogen eine Mittelposition. Sie waren zwar für Massenaktionen, aber nicht um jeden Preis. Sie waren für Reformpolitik, aber nur unter der Bedingung, daß damit der Klassenstandpunkt nicht aufgegeben wurde.

Diese Phase war hauptsächlich gekennzeichnet durch die Loslösung der Linksradikalen von der Kautskyschen Theorie und Orthodoxie sowie der Herausbildung eines selbständigen linken Flügels in der Sozial-

demokratie. Insofern ist es falsch, den „Zentrismus“ bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückzuverlegen.<sup>108</sup> In der Massenstreikdebatte konnte sich Kautsky zwar noch als Theoretiker der Partei behaupten, aber seine Position wurde bereits von links und rechts angeschlagen. Mit der Herausbildung des linken Flügels setzte zugleich der Beginn der Annäherung zwischen Kautsky und Bernstein ein, die der gemeinsame Pazifismus während des Krieges endgültig zusammenbrachte.<sup>109</sup>

Es war zwar offenkundig, daß die Sozialdemokratie kein einheitliches Ganzes mehr war, aber erst der Krieg offenbarte die realen Kräfteverhältnisse innerhalb der Parteien. Die Unterstützung der Kriegspolitik der jeweiligen Regierungen war vor allem die Zerstörung des Mythos, daß die Sozialdemokratie eine im Wesen revolutionäre Partei mit einigen revisionistischen Zügen sei. In Wirklichkeit traf das genaue Gegenteil zu. Dazu hatte der Verbalradikalismus Kautskys nicht unwesentlich beigetragen, der sich als solcher erst beim preußischen Wahlrechtskampf entlarvte. Damit war die Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wort und Tat aufgerissen, die bei Kriegsbeginn und während des Krieges allen offenkundig wurde. Nicht nur die Linksradiakalen, auch die Zentristen hatten den Einfluß und die Stärke des Revisionismus unterschätzt. Als die Woge der Kriegsbegeisterung die Parteiführung ergriff und die Parole des „Kommunistischen Manifests“, daß die Arbeiter kein Vaterland hätten, ins Gegenteil verkehrt wurde, waren sie ziemlich hilflos und ohnmächtig. Sie hatten die offizielle Theorie der Partei sowie die Beschlüsse der Internationale für bare Münze genommen und mußten jetzt feststellen, daß es Falschgeld war.

Sie wollten nicht wahrhaben, daß diese Beschlüsse, die allerdings kurz vor Kriegsausbruch der Wirklichkeit nicht mehr entsprachen<sup>110</sup>, praktisch ins Gegenteil verkehrt wurden. Ihr Ziel war, die Partei zurückzuführen zu den alten politischen Positionen, zu den Beschlüssen der Internationale. Die Kluft zwischen Theorie und Praxis sollte durch die Anpassung der Praxis an die Theorie geschlossen werden. Die Rede Friedrich Adlers vor dem Ausnahmegericht ist einer der markantesten Ausdrücke dieser Position. Er wurde nicht müde, zu betonen, daß er in seiner Politik auf dem Boden der Beschlüsse der Internationale geblieben und daß es der Parteivorstand gewesen sei, der die Prinzipien der Sozialdemokratie über Bord geworfen habe.<sup>111</sup> Durch sein Attentat beabsichtigte er die Bedingungen zu schaffen, unter denen der „revolutionäre Geist“ wieder eine Stätte in Österreich finden könnte, und im

Kampf gegen den Parteivorstand wollte er der Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter wiedergewinnen.<sup>112</sup> Sein Attentat sollte nicht den Auftakt zu einer Parteisplaltung abgeben, sondern sie im Gegenteil verhindern. Es sollte die Partei zur Rückbesinnung auf die alten revolutionären Grundsätze rufen und so die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes sicherstellen. Auf dem Parteitag 1920 sagte er rückblickend: „Eine der Komponenten der Motive für mein Handeln war die Erwägung, daß ich die Hoffnung hatte, damit die Partei in eine andere Richtung zu drängen, daß die Einigkeit erhalten werden kann.“<sup>113</sup>

Dem entsprach bis zu einem gewissen Grad seine Position zur Internationale. Nach dem Ausbruch des Krieges vollzog er nicht den Schritt Lenins nach vorn, zur Gründung einer neuen Internationale revolutionärer Parteien, sondern wollte die alte Internationale erhalten, damit sie ihre Funktion erfüllen könne.<sup>114</sup> In der Rede vor dem Ausnahmegericht kam Adler bis dicht an die Position des Spartakusbundes heran, zögerte jedoch, den Schritt zu tun, der ihn darüber hinaus zu Lenin gebracht hätte. Davon hielt ihn vor allem die Tatsache ab, daß die österreichische Sozialdemokratie sich seiner Meinung nach allmählich zu jenen Positionen entwickelte, für die er eingestanden war und für deren Durchführung er das Attentat verübt hatte. In der Kernfrage sei das schon geschehen: die Partei trat für einen Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen ein. Begeistert konnte er sagen: „Die Sozialdemokratie ist auf jenen Standpunkt gekommen, für den ich während des Krieges immer gekämpft habe.“<sup>115</sup>

Als sich der Krieg dem Ende näherte, der pazifistische Flügel das Übergewicht in der Partei bekam und die Linke sich durchsetzte, sah er sein Ziel erreicht. Die Notwendigkeit einer Spaltung bestand für ihn nicht mehr. Ganz im Gegenteil, es kam darauf an, die Einheit unter linker Führung zu bewahren. Hatte der bisherige Parteivorstand mit der „Ideologie der Einheit“ gegen die Linke gearbeitet, um eine Abspaltung zu verhindern<sup>116</sup>, so war nun die linke Mehrheit an der Reihe, um dasselbe Geschäft gegen die äußerste Linke zu machen. Scheinbar war die Partei zu den Vorkriegspositionen zurückgekehrt. Den Ausdruck fand dies zunächst in der „Arbeiter-Zeitung“, wo die alte Terminologie wieder zum Zuge kam und die Sprache radikaler wurde. Die politische Praxis der hervorragenden Vertreter des „marxistischen Zentrums“ unterschied sich jedoch beträchtlich von ihrer Vorkriegspolitik. Diese war dadurch gekennzeichnet gewesen, daß sie sich weder für Reform noch für

revolutionäre Massenaktionen entscheiden konnten, was zu einer Theorie und Praxis des „aktionslosen Abwartens“ geführt hatte. Nach dem Krieg entschieden sich diese Männer ohne zu zögern für die Reform und hielten an der Revolution nur noch verbal fest.

Was sich während und am Ende des Krieges geändert hatte, war die Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg, nicht aber ihr Grundcharakter. Sie war nicht zu revolutionären Grundsätzen zurückgekehrt. Die Tatsache, daß die Agitation und Propaganda etwas radikaler wurden, machte aus ihr noch keine revolutionäre Partei. Dazu kam noch, daß die Koalitionspolitik hauptsächlich die Revisionisten zum Zug kommen ließ, und diese Politik vertiefte und beschleunigte den Wandlungsprozeß der Sozialdemokratie von einer revolutionären zu einer offenen Reformpartei. Bereits vor dem Krieg waren starke Tendenzen in dieser Richtung zu erkennen gewesen, während des Krieges hatten sich diese Tendenzen zu einer Orientierung verfestigt und die Koalition setzte diese Entwicklung fort. Je mehr sich die Praxis der Partei auf die Reform ausrichtete, desto absurder mußte das Festhalten an der revolutionären Terminologie werden. Die Phrase trug aber dazu bei, einen real sich vollziehenden Prozeß zu verschleiern und zu hemmen.

Genau dies wollte die Parteilinke. Sie wollte verhindern, daß sich die Sozialdemokratie zu einer „seelenlosen“ Reformpartei verwandle und den Sozialismus als Perspektive verliere. Das marxistische Zentrum, vor dem Krieg zwischen Reform und Revolution schwankend, war zu einer Strömung geworden, die die Reform als einzig möglichen Weg zum Sozialismus betrachtete, sich aber nicht entschließen konnte, die letzten Konsequenzen zu ziehen und die Sozialdemokratie als reine Reformpartei anzuerkennen. Statt dessen hielt dieser Flügel an der Auffassung fest, daß die Sozialdemokratie durch ihre Reformen revolutionär wirke und daher eine revolutionäre Partei sei. So kam es zur Sachlage, daß die soziale Revolution aus einer langen Kette von Reformen bestand<sup>117</sup> und die Reformpolitik mit „revolutionärem Enthusiasmus“ gemacht wurde. Solange man an dem angeblich revolutionären Grundcharakter der Partei festhielt, konnte man sich der revolutionären Phrasen nicht entledigen und mußte sie ständig mitschleppen. Das hatte gewissen Einfluß zur Bindung revolutionär gesinnter Arbeiter, hemmte jedoch den Wandlungsprozeß zu einer offenen Reform- und Wahlpartei.

War das „marxistische Zentrum“ kurz vor und dann vor allem während des Krieges als politisch und ideologisch relativ selbständige Richtung aufgetreten, so verlor es im Zuge der Nachkriegsentwicklung immer

mehr den Charakter der Selbständigkeit. Wie seine Vertreter als auch seine Gegner betonten, unterschied es sich von den offenen Revisionisten und Reformisten hauptsächlich und fast ausschließlich durch seine Ideologie. Otto Bauer schrieb, daß das Wort „Austromarxismus“ verwendet werde zur Bezeichnung „jener theoretischen Auffassungen der großen Streitfragen des internationalen Sozialismus der Nachkriegszeit, die sich in der österreichischen Sozialdemokratie nach dem Kriege allmählich entwickelt und in dem Linzer Programm ihre Zusammenfassung gefunden haben.“<sup>118</sup>

Deutlich zutage trat dieser Charakter des Zentrums nach den Juli-Ereignissen des Jahres 1927, als es unerläßlich geworden war, die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie offen zur Sprache zu bringen. In dem Bemühen, die Gegensätze herunterzuspielen, traf Bauer jedoch eine bemerkenswerte Feststellung über den Charakter des Zentrums und seiner Politik. In der Kriegszeit habe es scharfe Gegensätze, in der Koalition noch ernste Meinungsverschiedenheiten gegeben. Seit 1920 aber „mochte sich der Gegensatz zwischen ‚Linken‘ und ‚Rechten‘ allenfalls in theoretischen Diskussionen, im Urteil über die Probleme ausländischer Bruderparteien, in der Ausdrucksweise zuweilen offenbaren“, in Fragen praktischer Politik habe es jedoch niemals ernste Meinungsverschiedenheiten gegeben.<sup>119</sup>

So unzureichend diese Aussage auch im einzelnen sein mag, so gibt sie doch Aufschluß über das Selbstverständnis des Zentrums. Sein Unterscheidungsmerkmal von der Parteilinken war nicht die Politik, sondern die Ideologie. Es verstand sich nicht als selbständige politische, sondern als „Geistesströmung“<sup>120</sup> im internationalen Sozialismus. Die revolutionäre Ideologie sollte nicht die Grundlage für revolutionäre Politik, eine Anleitung zum revolutionären Handeln sein, sondern verhindern, „daß den sozialistischen Parteien, in den zahllosen Einzelaufgaben und Einzelkämpfen, in denen sich der Sozialismus betätigt, der Sozialismus selbst verlorenght.“<sup>121</sup>

Die Ideologie war von der Politik getrennt, sie trat neben die Praxis, war aber nicht deren Leitlinie und Ausdruck. Sie diente dazu, die Reformpolitik mit Enthusiasmus zu machen und sollte verhindern, daß die Massen in der täglichen Reformarbeit verzagten. Der Austromarxismus wurde als Synthese von nüchternem Realismus und revolutionärem Enthusiasmus bezeichnet.<sup>122</sup>

Bei dieser Art Synthese, wie Bauer sie verstand, konnte allerdings mit Recht gegen die Linke ins Treffen geführt werden, daß nicht die

Kampfziele und die Kampfmittel „Linke“ und „Rechte“ voneinander trennen. „Nicht darauf kommt es bei dieser Scheidung also an, was man politisch tut, sondern darauf, was man sich bei seinem Tun denkt.“<sup>123</sup> Die größte reformistische Arbeit konnte als revolutionäre Tat ausgegeben werden, wenn man immer wieder den Klassenkampf im Munde führte. Die Linke unternahm jedoch nichts, diesen Widerspruch zwischen Worten und Taten aufzuheben, den die Parteirechte durch Liquidierung des Verbalradikalismus beseitigen wollte. Im Gegenteil, je reformistischer die Politik wurde, je weniger bei der Reformarbeit herauschaute, desto größer waren die Anstrengungen, an der verbalradikalen Ideologie festzuhalten. Oskar Pollak entwickelte im Anschluß an Otto Bauer eine Theorie, die dies rechtfertigen sollte, die sogenannte „Theorie der Pause“. Nach der Mitte der zwanziger Jahre sei die Arbeiterbewegung in eine Phase eingetreten, wo es kein Vorwärtsschreiten gebe, aber auch keine nennenswerten Rückschläge. Die Aufgabe der sozialistischen Internationale bestehe nicht so sehr in der Durchführung von Aktionen, sondern in der „Bewahrung und Befestigung der Ideologie des kämpfenden Proletariats“.<sup>124</sup> Da eine baldige Verwirklichung des Sozialismus nicht zu erwarten und eine revolutionäre Politik in einer reaktionären Umwelt nicht möglich sei<sup>125</sup>, sei „nicht die Tat, sondern der Geist das Gebot der Stunde“.<sup>126</sup> Die Aufrechterhaltung des „revolutionären Bewußtseins“, die Politik des „aktionslosen Abwartens“ war damit zur Theorie erhoben — in einer Art und Weise, wie das selbst Kautsky nicht zustande gebracht hatte. Diese „Theorie der Pause“ signalisiert das letzte Rückzugsgefecht des „marxistischen Zentrums“ vor seiner endgültigen Auflösung. Da Politik und Ideologie immer weniger miteinander zu tun hatten, wurde der Ideologie durch die tatsächlich durchgeführte Politik immer mehr die Basis entzogen. Die Linken versuchten, sich diesem Prozeß entgegenzustemmen, aber da ihre Ziele hauptsächlich negativ bestimmt waren, konnten sie ihn nicht stoppen.

Die Politik und später die Ideologie des Zentrums hatten es mit sich gebracht, daß der Wandlungsprozeß der Sozialdemokratie zur reinen Reformpartei verzögert wurde. Solange die Linken daran festhielten, daß die Sozialdemokratie nur die Klassenpartei des Proletariats sei, war eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie nur in Ausnahmefällen möglich. Das Festhalten an dieser Auffassung und an der revolutionären Ideologie war mit ein Instrument, um die Rückkehr zur Koalition zu verhindern. Eine Koalition hätte die Stellung der Linken zweifellos er-

schüttert und der Sozialdemokratie schneller den Anschein ihres revolutionären Charakters genommen.

Der Austromarxismus kann daher als Versuch bezeichnet werden, an den alten Grundsätzen der Vorkriegszeit festzuhalten, während die politische Praxis längst über sie hinweggeschritten war.

In der Vorkriegszeit war die Kluft zwischen Theorie und Praxis Ausdruck der Unklarheit über den einzuschlagenden Weg zum Sozialismus. Nach dem Krieg war diese Trennung Ausdruck des Versuchs, eine bereits eingeschlagene und nicht mehr umkehrbare Entwicklung aufzuhalten. Die schwankende Haltung vor und nach dem Krieg resultierte aus jeweils verschiedenen Ursachen, und daher ist es verfehlt, auch noch in der Zwischenkriegszeit ein Schwanken „zwischen Reform und Revolution“ sehen zu wollen.

Zu dieser Auffassung trägt allerdings die Selbsteinschätzung des Austromarxismus als „zwischen Reformismus und Bolschewismus“ stehend wesentlich bei. Dadurch wird suggeriert, als sei über die Frage des Weges zum Sozialismus keine Entscheidung gefallen. Das stimmt weder theoretisch noch praktisch. In der politischen Praxis war die Entscheidung bereits 1918 gefallen. In der Theorie wurden die Grundlagen für den Reformweg spätestens in Otto Bauers Broschüre „Der Weg zum Sozialismus“ gelegt. Weiters wird oft die Theorie mit der Agitation verwechselt. Daher ist auch die Feststellung nicht korrekt, beim Austromarxismus handle es sich um eine Kluft zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis. Die Theorie war nicht revolutionär, sondern revisionistisch.<sup>127</sup>

Vor und während des Krieges war die Strömung des Zentrums eine relativ selbständige politische Richtung gewesen, die sich noch nicht eindeutige und endgültige Klarheit über die Frage Revolution oder Reform verschafft hatte. Nach dem Krieg war sie eine nur noch ideologisch selbständige Strömung innerhalb einer dem Wesen nach reformistischen Partei. Die verbalradikale Agitation blieb nicht ohne Einfluß auf die Politik, aber in der Praxis führte dies keineswegs zu einem Schwanken zwischen Reform und Revolution, sondern legte den offenen Reformisten einige schwerwiegende Hindernisse in den Weg. Es kam öfters zu einem gewissen Immobilismus in der Reformarbeit, zu einer Verfestigung der innenpolitischen Fronten, aber von einer möglichen Rückverwandlung der Sozialdemokratie in eine revolutionäre proletarische Klassenpartei konnte keine Rede sein. Das Schlagwort „zwischen Reformismus und Bolschewismus“ ist daher irreführend und für eine korrekte Einschätzung des

Austromarxismus unbrauchbar. Vor dem Krieg, wo das Zentrum noch eine relativ selbständige Strömung war, hatte sich der Bolschewismus noch nicht zu einer internationalen Strömung entwickelt. Nach dem Krieg war das Zentrum nur noch eine ideologische Strömung, konnte daher auch nicht zwischen zwei politischen Richtungen stehen, sondern wies nur noch auf der ideologischen Ebene gewisse Ähnlichkeiten mit dem Bolschewismus auf. Diese stammten jedoch nicht aus der Annäherung des Zentrums an den Bolschewismus, sondern hatten ihre Wurzeln in der Lehre von Marx und Engels, aus der sich beide Strömungen entwickelt hatten.

Wesentlicher Bestandteil der austromarxistischen Ideologie war die sogenannte „Ideologie der Einheit“<sup>128</sup>, das Bemühen, eine Parteispaltung abzuwehren und zu diesem Zwecke grenzte man sich sowohl gegenüber links als auch gegenüber rechts ab. Die Einheitsparolen hatten eine unterschiedliche Funktion. In der Umsturzeit sollten sie die radikalisierten Massen an die Sozialdemokratie binden und die Herausbildung einer starken Kommunistischen Partei verhindern. Anschließend wurden sie eingesetzt, die Massen zum Kampf um die Macht zu mobilisieren: ohne Einheit würde die Sozialdemokratie niemals die Parlamentsmehrheit erreichen.

Ebenso hatte die revolutionäre Phrase eine verschiedene Funktion: In der Umsturzeit sollte sie das Abwandern der Massen zum Kommunismus verhindern und in der Phase der erstarkenden Reaktion die Gefahr des Aufgehens in den bloßen Reformismus bannen.

Nachdem es gelungen war, nach dem Kriegsende die Massen mit der radikalen Phrase im Zaum zu halten wurde sie anschließend dazu eingesetzt, die Massen für den Kampf um die Staatsmacht in Bewegung zu bringen. Das barg die ständige Gefahr in sich, daß die Massen eines Tages nach den Worten ihrer Führer handeln würden. Der 15. Juli 1927 brachte zum Ausdruck, daß die permanente Mobilisierung zu größerer Selbständigkeit und Initiative führte als die Parteiführung geplant hatte. Der verbale Radikalismus hatte sie in eine bestimmte Richtung gedrängt und als die Partei nicht zur Tat aufrief, handelten sie auf eigene Faust. Sie waren der ständigen „Hinhaltepolitik“ überdrüssig. Die Sozialdemokratie wurde zurückgeworfen und sah sich aller Früchte beraubt, die sie mit der Politik der gelenkten Radikalisierung erlangt hatte.

Durch den „passiven Radikalismus“ hatte sie sich den Weg nach vorn, zur revolutionären Tat versperrt. Sie konnte entweder eine Zusammenarbeit mit dem Bürgertum anstreben oder in ihrer Stellung weiterhin verharren und in ohnmächtigem Protest ihre „Unversöhnlichkeit“ mit

dem kapitalistischen System kundtun. Zur Liquidierung der Phrase war sie noch nicht bereit. So wurden beide möglichen Wege versperrt: der revolutionäre und der offen reformistische. Es blieb nur noch eines: sich einzuigeln in der bestehenden Gesellschaft, den revolutionären Geist aufrechtzuerhalten und die „alten Kämpfer“ zu bleiben, die sich nicht unterkriegen lassen.<sup>129</sup>

Die Linke um Otto Bauer konnte ihre Ideologie solange nicht über Bord werfen, als sie in der Sozialdemokratie die Klassenpartei des Proletariats und im Sozialismus ihr Ziel sahen. Nach marxistischen Auffassungen stand die Arbeiterklasse in unversöhnlichem Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die revolutionäre Partei müsse den Kampf dagegen organisieren. Zu diesem Zweck und aus der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze sei die Einheit der Arbeiterbewegung erforderlich. Klasse stehe gegen Klasse, und nur der könne den Sieg davontragen, der geschlossen und einig in den Kampf gehe. Wenn aber, wie Renner das machte, die Möglichkeit des Ausgleichs und der Versöhnung der Klasseninteressen in den Vordergrund gerückt wurde, verlor die Forderung nach Einheit der Arbeiterbewegung auch ihren zwingenden Charakter. Die Reformisten wiesen immer wieder darauf hin, daß nicht auf dem Weg des Kampfes, sondern durch den Kompromiß die besten Erfolge zu erzielen seien. Ihrer Meinung nach war die Einheit nicht um jeden Preis notwendig. Unter Umständen wirkte sie sogar hemmend: wenn die Gesamtpartei auf den linken Flügel Rücksicht nehmen und ihm einige Konzessionen machen müsse. Die Reformarbeit komme daher nicht zügig genug voran.

Die Betonung des revolutionären Charakters der Sozialdemokratie, die Behauptung von der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze und die Einheitsparolen hemmten die Wandlung der Partei. Aber dieser Änderungsprozeß zu einer Wahlpartei vollzog sich dennoch, wenn auch unter der Oberfläche, in Gestalt der reformistischen Praxis, der der Sozialdemokratie ihr wirkliches Gepräge gab. Das Vorhandensein von zwei Strömungen, die sich trotz ihrer verschiedenen Auffassungen grundsätzlich zur Reform bekannten, ist der beste Beweis dafür, daß die Revolution zu den Zielen der Vergangenheit gehörte.

Es ist nur scheinbar, daß sich keine sozialistische Partei in einer kürzeren Zeit von links nach rechts bewegt hat, wie dies Kurt L. Shell anhand der österreichischen Sozialdemokratie darzulegen versucht.<sup>130</sup> Diese Auffassung ignoriert die starken reformistischen Strömungen in der Zwischenkriegszeit, die nur die Oberhand zu gewinnen brauchten, um der Partei ein anderes Aussehen zu verleihen, ohne daß sich dabei ihr Grund-

charakter wesentlich veränderte. Es fielen die Deklamationen, die revolutionären Gesten und die heftige parlamentarische Auseinandersetzung weg, und damit war der letzte Schritt zu ihrer Wandlung in eine reine Reformpartei getan. Aber nicht mehr. Damit hat das „marxistische Zentrum“ zu existieren aufgehört und seine Ausläufer in der Zweiten Republik muten eher wie Karikaturen an.<sup>131</sup>

## *2. Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten*

Während des Krieges hatte die Sozialdemokratie einen Großteil ihres Einflusses unter der Arbeiterklasse verloren. Den Linksradikalen gelang es seit dem Jännerstreik 1918 zunehmend in den Betrieben Fuß zu fassen und sich organisatorisch zu vereinheitlichen. Mit der Gründung der Kommunistischen Partei hatte sich eine politische Gruppierung herausgebildet, die die Führung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie in Frage stellte. Die Sozialdemokratie konnte die KPÖ nicht mehr nach bewährter Methode totschweigen, sondern mußte sich in allen wichtigen politischen Fragen mit ihr auseinandersetzen, wollte sie das Abwandern von Teilen der Arbeiterklasse zu den Kommunisten verhindern.

Die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses und die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf sozialdemokratischer Grundlage war gerade in der Koalitionsperiode ein entscheidendes Moment in ihrer Politik. Die Sozialdemokratie verfügte noch über keinerlei sichere und feste Positionen im Staatsapparat und Heer und mußte erst darangehen, sich mittels der Koalition einzelne Stützpunkte in den staatlichen Institutionen auszubauen. Ihre Machtstellung beruhte daher in der Anfangsphase der Koalition hauptsächlich auf der Führung einer Massenbewegung, die den Ersatz für fehlende Macht im Staatsapparat darstellte. Sozialdemokraten könnten in der Regierung nur dann etwas durchsetzen, wenn die Arbeiter hinter ihnen stehen.<sup>132</sup> Je einheitlicher und geschlossener die Massenbewegung war, je fester sie sich in der Hand der Sozialdemokratie befand, desto größer konnte der Druck auf den bürgerlichen Koalitionspartner sein. Die Aufrechterhaltung der Einheit der Arbeiterbewegung war daher alles andere als ein Fetisch, sondern ein Mittel zur Festigung der Positionen in der Regierung.<sup>133</sup>

Da die außerparlamentarische Arbeit der parlamentarischen untergeordnet war, bargen die von der Sozialdemokratie gelenkten Massenbewegungen keine allzu große Gefahr, daß sie sich direkt gegen den Staat

wandten. Diese Gefahr drohte nur von seiten der Kommunisten, die ihre Agitations- und Propagandatätigkeiten rege entfalteten und versuchten, die Massenbewegung den Händen der Sozialdemokratie zu entreißen. Daher suchte man ein Instrument, ihnen die Hände zu binden, sie auf Beschlüsse festzulegen und dieses Instrument fand man im „Arbeiterrat“. Dieser war ursprünglich entstanden als rein sozialdemokratische Organisation, die dazu diente, den verlorenen Einfluß im Betrieb wiederherzustellen. Mitglied konnte nur sein, wer Mitglied der Sozialdemokratie und Leser des Parteiorgans war.<sup>134</sup> Mit der Stärkung des revolutionären Drucks von unten und unter Einfluß des Bolschewismus wurde er allen Arbeitern geöffnet. Er sollte zu einem Instrument der „gemeinsamen Aktion des Proletariats aller Richtungen innerhalb des Sozialismus“<sup>135</sup> werden. In Wirklichkeit versuchte man dadurch, die Minderheiten zu majorisieren und sie durch eindeutige Mehrheitsbeschlüsse zur Durchführung der sozialdemokratischen Politik zu verpflichten.<sup>136</sup> Wenn der Arbeiterrat als das „Parlament der Arbeiterklasse“, als „Forum der proletarischen Gesamtbewegung“ galt, war es den Kommunisten äußerst erschwert, sich gegen seine Beschlüsse zu stellen, ohne sich vor den Massen zu diskreditieren. Der Arbeiterrat eignete sich vorzüglich, mit Hilfe der Ideologie der Einheit die oppositionellen Kräfte auszuschalten.<sup>137</sup> Der Arbeiterrat, ursprünglich von den Kommunisten als Organ der Arbeitermacht gefordert und manchmal als Mittel zur Bekämpfung der reformistischen, sozialdemokratischen Auffassungen benutzt<sup>138</sup>, entwickelte sich immer mehr zu einer Waffe gegen sie, bis sie ihn verließen. Neben der Isolierung der Kommunisten bot er darüber hinaus die günstige Möglichkeit, den Massen die Regierungspolitik zu erklären und sich so das Druckmittel gegenüber den bürgerlichen Parteien zu stärken.

Den Kommunisten gelang es nicht, größere Teile der Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Die Sozialdemokratie hatte auch alle Versuche der Fraktionsbildung innerhalb der eigenen Partei zu verhindern gewußt.<sup>139</sup> Am Parteitag 1920 wurden die sozialdemokratischen „Arbeitsgemeinschaften“, die partiell mit den Kommunisten zusammenarbeiteten und in gewissen Punkten deren Anschauungen teilten, aufgelöst und niemand ergriff für deren Führer Partei.<sup>140</sup> Es gelang der sozialdemokratischen Parteiführung deshalb so schnell mit den Kommunisten fertigzuwerden, weil sie es vermied, sich direkt gegen die Arbeiter zu stellen. Sie kam ihnen entgegen und ließ ihren Aktionen einen gewissen Spielraum. Mit der Methode der Überzeugung wollte sie sie von radikalen Aktionen abhalten und sie allmählich, aber desto sicherer in die Arme der Sozialdemokratie

zurückführen. Sie zog aus der deutschen Revolution die Lehre, niemals zur Gewalt und zu Waffen zu greifen, um Arbeiter an ihren Handlungen zu hindern. Durch die Gewaltanwendung würde die Spaltung der Arbeiterbewegung nur vertieft und die Sozialdemokratie liefere sich der Reaktion aus.<sup>141</sup> Am Parteitag 1921 führte Otto Bauer das Wort an, daß in Österreich nicht das Räte-, sondern das Zuredesystem da sei, und er meinte, daß da „ungeheuer viel Wahrheit“ dran sei. Er meinte, es sei bequemer, mit Gewalt zu regieren, aber damit könne „jeder Esel“ regieren, während mit dem Zuredesystem nur die Sozialdemokraten regieren könnten.<sup>142</sup> Das ging aber nur, solange die Spaltung der Arbeiterbewegung noch nicht in die Tiefe gegangen war und die Sozialdemokratie die Massenbewegung noch fest in der Hand hatte. Da die Massen hierbei aber stets in Bewegung blieben, schlugen sie oft über die Stränge. Das zeigte sich vor allem an einzelnen Aktionen der Arbeiterräte. Das Bürgertum sah in dieser „Zuredpolitik“ und der gelenkten Radikalisierung der Massen eine ständige Gefahrenquelle für Ruhe und Ordnung. Die Gefahr bestand, daß die in Bewegung geratenen Massen unter kommunistischen Einfluß gerieten und die Sozialdemokraten die zur Aktion drängenden Arbeiter nicht mehr bremsen konnten. Insofern sah die Bourgeoisie in der Sozialdemokratie einen Schrittmacher des Bolschewismus.

Was für die einen bolschewistisch war, war für die Sozialdemokraten die Verwirklichung der Demokratie. Die Auflösung des Volkswehrбатаillons Nr. 41 mußte immer zur Rechtfertigung dieser Methode des Zuredens herhalten. Die Sozialdemokraten hatten die Methode der gewalttätigen Auflösung, die Methode Noskes abgelehnt. Statt dessen versuchten sie, durch ständige Diskussionen die Soldatenräte zu einem Beschluß der Auflösung des Bataillons zu bringen und appellierten dann an seine „proletarische Disziplin“, damit es sich diesem Beschluß des Soldatenrates unterwerfe.<sup>143</sup>

Diese „Methode der Demokratie“ war ein zweischneidiges Schwert. Sie konnte zwar einen Radikalisierungsprozeß abfangen, barg aber zugleich die Gefahr in sich, daß sich die Massen von der Führung selbständig machen. Daher wurde diese Politik auch vom Bürgertum bekämpft, das ein für allemal klare Verhältnisse wollte. Dieses „Zuredesystem“ konnte organisiert angewandt nur dort werden, wo es keine festgefügte kommunistische Gruppe gab. Die erste Voraussetzung ihrer Durchführbarkeit war daher die Einheit der Arbeiterbewegung. Aus der Revolution in Deutschland zog die Sozialdemokratie die Lehre, die Politik im Parlament

mit der Politik im Arbeiterrat zu koordinieren. Damit würde der Politik radikaler Gruppen weitgehend der Riegel vorgeschoben.<sup>144</sup>

So gelang es, die sozialdemokratischen Arbeiter bei der Stange zu halten und die Kommunisten zu isolieren. In der Folgezeit wurden diese als bloße Querulanten betrachtet, mit denen eine ernste Auseinandersetzung oder eine Zusammenarbeit nicht in Frage kam. Die Einheit der Arbeiterbewegung sei bereits in der Sozialdemokratie verwirklicht und daher sei die Politik der „Einheitsfront“ von seiten der Kommunisten nichts als ein Manöver, um an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen. Überdies sei ihre ganze Politik mehr eine Komödie, denn sie wüßten sehr gut, daß „die Arbeiterklasse in Österreich auf absehbare Zeit gar keinen anderen Weg gehen kann als den, den sie unter dem Banner der Sozialdemokratie geht“.<sup>145</sup>

Als die Kommunisten 1923 den Vorschlag machten, ein Aktionskomitee gegen „Kriegsgefahr und Faschismus“ ins Leben zu rufen, antwortete der Parteivorstand, daß die Sozialdemokratie „gemäß ihrem Programm und gemäß ihrer Organisation imstande ist, alle politischen Aufgaben, die im Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus zu erfüllen sind, auch tatsächlich zu erfüllen“. Die Arbeiterklasse bedürfe dazu keiner besonderen Komitees und die Kommunisten sollten so viele gründen, wie es ihnen beliebte.<sup>146</sup>

Die Kommunisten waren für die Sozialdemokratie nur in Streik-kämpfen oder vor Wahlen von Bedeutung. Im ersteren Fall drohte die Gefahr, daß sie die Streikführung verlieren konnten, im zweiten ging es um den Verlust von Wählerstimmen. Vor den Wahlen gab es immer eine einheitliche Kritik: durch die eigene Kandidatur der Kommunisten würden die proletarischen Stimmen zersplittert und damit der Reaktion in die Hände gearbeitet. „Wir stehen im schwersten Kampf gegen die ganze Welt des Geldsacks, sie stehen in unserem Rücken, greifen uns, während wir mit den kapitalistischen Parteien kämpfen, im Rücken an.“<sup>147</sup>

Die politische Auseinandersetzung wurde immer mehr durch Spott und Hohn ersetzt, wie zum Beispiel der Bericht über den Kommunistischen Parteitag 1924 zeigt. Dort wurde ein Politisches Büro geschaffen, über dessen Mitglieder die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb: „Die Anna Grün ist eine tapfere Frau und Fiala ist bei allen Ausrückungen der Ottakringer Arbeiter immer sehr brav als Hornist mitmarschiert; aber daß gerade die das österreichische Proletariat auf neue Bahnen führen und dereinst im Namen des Proletariats die Diktatur in Österreich ausüben werden, na, das meinen sie wohl selbst nicht.“<sup>148</sup>